Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3418**
16. Wahlperiode 14. 11. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Jürgen Koppelin, Otto Fricke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2659 –

Begrenzung der Staatsverschuldung durch restriktive Haushaltsregeln

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna Lührmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2998 –

Haushaltskonsolidierung konsequent anpacken – Haushaltsgesetzgebung reformieren

A. Problem

Angesichts einer staatlichen Gesamtverschuldung von mehr als 1 500 Mrd. Euro haben sich aus Sicht der antragstellenden Fraktionen die geltenden Haushaltsregeln als untaugliches Instrument zur Begrenzung der Staatsverschuldung erwiesen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2659 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2998 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/2659.

Zu Nummer 2

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/2998.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/2659 abzulehnen,

2. den Antrag auf Drucksache 16/2998 abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2006

Der Haushaltsausschuss

Otto Fricke
Vorsitzender und Berichterstatter

Steffen Kampeter
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Dr. Gesine Lötzsch
Berichterstatterin

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Steffen Kampeter, Carsten Schneider (Erfurt), Otto Fricke, Dr. Gesine Lötzsch und Anja Hajduk

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 57. Sitzung am 19. Oktober 2006 den Antrag auf **Drucksache 16/2998** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Innenausschuss und den Finanzausschuss überwiesen.

In seiner 60. Sitzung am 26. Oktober 2006 hat der Deutsche Bundestag den Antrag auf **Drucksache 16/2659** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss und den Finanzausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Aus Sicht der **Fraktion der FDP** solle der Deutsche Bundestag mit Blick auf die in ihrem Antrag auf Drucksache 16/2659 dargestellten Defizite bei den geltenden Haushaltsregeln die Bundesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine umfassende Reform des nationalen Haushaltsrechts zum Zweck einer wirkungsvollen Begrenzung der Staatsverschuldung und einen engeren Investitionsbegriff, eine Konkretisierung und Verschärfung der Ausnahmeregelung des Artikels 115 des Grundgesetzes (GG) sowie die Einführung sanktionsbewehrter Verschuldungsgrenzen zum Inhalt hat.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordert mit ihrem Antrag auf Drucksache 16/2998 den Deutschen Bundestag auf, die Bundesregierung zu beauftragen, einen Entwurf für eine Änderung des Regelwerks von Grundgesetz, Haushaltsgrundsätzegesetz, Bundeshaushaltsordnung und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vorzulegen. Aus Sicht der antragstellenden Fraktion sind im Rahmen dieser Reform u. a. eine Schuldenbremse einzusetzen, die Nachhaltigkeit als haushaltspolitisches Ziel zu verankern, der Investitionsbegriff neu zu fassen, die Finanzplanung verbindlich zu machen und unter Gesetzesvorbehalt zu stellen sowie die sozialen Sicherungssysteme durch Steuermittel zu entlasten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/2659 in seiner 37. Sitzung am 8. November 2006 beraten und empfiehlt, mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die Vorlage abzulehnen.

Der Finanzausschuss hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/2998 in seiner 37. Sitzung am 8. November 2006 beraten und empfiehlt, mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/2998 in seiner 25. Sitzung am 8. November 2006 beraten und empfiehlt, mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat zu den Anträgen bis zur Beratung im federführenden Haushaltsausschuss kein Votum abgegeben.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/2659 sowie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/2998 in seiner 32. Sitzung am 9. November 2006 abschließend beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/2659 sowie mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/2998 abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2006

Steffen Kampeter Berichterstatter	**Carsten Schneider (Erfurt)** Berichterstatter	**Otto Fricke** Berichterstatter
Dr. Gesine Lötzsch Berichterstatterin	**Anja Hajduk** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333